



jdzb special

Die deutsch-japanischen Beziehungen: Zu wenige Probleme?

Angelika Viets

Generalsekretärin des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin

I. Problemlose Beziehungen?

Wer sich schnell und aus erster Hand informieren möchte, wirft einen kurzen Blick auf die Länderseiten „Bilaterale Beziehungen“ der Website des Auswärtigen Amtes. Die beginnen so: Die Beziehungen Deutschlands zu Kanada ebenso wie zu Australien sind „gut und solide“, zu den USA von „vitaler Freundschaft“ geprägt, zu Thailand „traditionell gut und freundschaftlich“, mit Korea blicken wir „auf eine 120jährige Tradition“ zurück, die Beziehungen zu Brasilien sind gar „von strategischer Bedeutung“. Und zu Japan?

Dort – und viele andere Websites wie z.B. einiger Handelskammern, Länderinfos wie die DIJA-Datenbank für Internationale Jugendarbeit usw. haben die Formulierungen übernommen – heißt es bereits im ersten Satz kurz und bündig: „*Das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Japan ist problemlos.*“ Das klingt sachlich und nüchtern, wie es vielleicht den beiden wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartnern in den jeweiligen Regionen Asien und Europa angemessen und wie es mit Blick auf eine sehr kompliziert gewordene Welt auch gerechtfertigt ist. Es klingt allerdings auch kühl und distanziert. Problemlos: sprachlos, lieblos, einfallslos?

Einige Zitate aus den zurückliegenden Jahren:

„Genau das könnte aus meiner Sicht ein Problem werden, auch auf Ebene der Parlamentarier. Denn wo es eigentlich keine Probleme gibt, da kann auch in gewisser Weise das Interesse erlöschen.“ (MdB Seidenthal in einer Rede in Wolfsburg anlässlich von „Japan in Deutschland 1999/2000“)

„Dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan nach wie vor eng und ohne Probleme sind, ist eine Selbstverständlichkeit geworden, das Gefühl für die Besonderheit ist verloren

gegangen.“ (Vorsitzender der Japan-Initiative der deutschen Wirtschaft, Werner Spinner, in einer Rede auf dem Japanologentag in Bonn im Sept. 2002)

„Ich sehe nicht, dass es hier besondere Probleme gibt. ... Ich bedaure allerdings, dass sowohl die Konrad-Adenauer-Stiftung als auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre deutschen Mitarbeiter hier aus Tōkyō abgezogen haben.“ (Helmut Schmidt 1999 auf die Frage, welche Aufgabe er für die Kultur im Bereich der deutsch-japanischen Beziehungen sehe.)

Die einzigen auf deutscher Seite als solche benannten *Probleme* habe ich in einer im Protokoll des JSPS Stipendiatentreffens 1996 zitierten Rede von Prof. Riesenhuber finden können: „Die Probleme in den deutsch-japanischen Beziehungen lägen im gegenseitigen Verständnis füreinander, im Finden gemeinsamer Vorgehensstrategien und in einer entsprechenden Vernetzung der Zusammenarbeit. ... Da das persönliche Verhältnis zwischen Japanern und Deutschen sehr wichtig sei, müsse auf dessen kontinuierliche Weiterentwicklung ein Schwerpunkt gelegt werden.“ Dabei gibt der Redner allerdings wegen der hohen Fluktuation in den politischen Ämtern Schwierigkeiten bei der Umsetzung im Einzelfall zu. Also eher ein – wie ich es nennen und zum Schluss ausführen möchte – „soft problem“.

Der Standard-„Sachstand“ der deutschen Botschaft in Japan Mitte der 80er Jahre begann differenzierter: „Die politischen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland beruhen auf gemeinsamen Interessen und Grundpositionen...“, und später im Text hieß es: „Im deutsch-japanischen Verhältnis gibt es *kaum* Probleme, die durch bilaterale Verständigung ausgeräumt werden müssten, wohl aber viele internationale Fragen, die beide Länder betreffen und deren umfassende Lösung durch bilaterale Verständigung beeinflusst und gefördert werden kann.“

Das „kaum“ bezog sich in erster Linie auf Probleme im Wirtschaftsbereich, vor allem um Fragen der Marktöffnung und nichttarifäre Handelshemmnisse. Mit der zunehmenden Verlagerung unserer Wirtschaftspolitik nach Brüssel ist auch die Frage der beidseitigen Deregulierung überwiegend in den europäisch-japanischen Dialog geflossen. Seit 1995 werden Fragen von Marktzugang und Deregulierung im Rahmen des „EU-Japan Dialogue on Regulatory Reform“ durch halbjährliche Treffen auf hoher Ebene in Tôkyô und Brüssel behandelt.

Bestandsaufnahmen

Als ich die Leitung des JDZB im August 2002 übernahm, hatte ich mich die vorausgegangenen Jahre jedenfalls politisch nur sekundär mit Japan beschäftigt. 1990 hatte ich Tôkyô nach einer Verwendung als Pressereferentin an der mit deutschen Besucherströmen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik völlig ausgelasteten Botschaft auf dem Höhepunkt der *Bubble Economy* verlassen. Schärfer hätte der Kontrast nicht sein können. Die Jahre der intensiven Beschäftigung miteinander, in denen es – wie wir eben an der kleinen Formulierungsgeschichte gesehen haben – kaum Probleme gab, sind Zeiten gewichen, die *problemlos* sind. Dass sie so problemlos sein würden, hatte ich allerdings nicht erwartet: Ich war z.B. erstaunt zu hören, dass im Jahr zuvor nicht ein einziger Abgeordneter Japan besucht hatte – während es früher immerhin ein nicht zu unterschätzendes *Problem* gewesen war, die regelmäßig am Wochenende eintreffenden zahllosen parlamentarischen Besucher im 80 km entfernten Narita vom Flughafen abzuholen...

Also: So viele Gemeinsamkeiten und so wenige Probleme, dass das Interesse aneinander erloschen ist?

Vor gut zehn Jahren, 1993, hatte Gebhard Hielscher nach dem Boom der 80er Jahre und vor dem Hintergrund „einer teilweise emotional aufgeladenen und bisweilen sogar feindseligen Japandiskussion in Deutschland“ den Stand der deutschen Japanpolitik kritisch analysiert („Konturen einer Japan-Politik“ in Maull: Japan und Europa: Getrennte Welten? 1993). Er war zu dem Schluss gekommen: „dass es zwischen Bonn und Tôkyô zwar viele Parallelen und ähnlich gelagerte Interessen gibt, dass aber von einer gestaltenden deutschen Japan-Politik im Sinne politischer Vorgaben und aktiven Handelns zu ihrer Verwirklichung damals nur in sehr bescheidendem Maße gesprochen werden konnte.“ Nach seinem abschließenden Eindruck bestand im Verhältnis von Deutschland zu Japan in vielen Bereichen „ein Vakuum, das zügig und verantwortungsvoll aufgefüllt werden sollte mit dem Ziel, Bereiche möglicher Zusammenarbeit

mit konkretem Inhalt zu füllen und mögliche Interessensgegensätze besonnen und verständnisvoll auszugleichen.“

In einer Ende 2003 veröffentlichten Analyse der Frage „Brauchen wir eine neue Japanpolitik?“ kommt in einer Zeit, in der weit mehr Regionen und weniger durchschaubare – v.a. nicht-staatliche – Akteure in den Vordergrund der Politik gerückt sind, der Verfasser Scheel wieder oder immer noch zu dem Schluss, dass die Beziehungen „in Wirklichkeit nicht so eng“ sind, sich in Routine erschöpfen und dadurch der Eindruck entsteht, dass sie „eher verwaltet werden als auf einem politischen Konzept beruhen“ (in Pohl, Japan 2003). Als Gründe für „die gewachsene Distanz“, „die wachsende Entfremdung“ führt er an, dass „durch das Auseinanderfallen der Sowjetunion das Klebemittel für ein enges deutsch-japanisches Verhältnis kraftloser geworden ist“, dass „die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung über kein Konzept verfügt, wie sie in der Welt außerhalb Europas und des Atlantik kraftvoll und zielgerichtet ihre Interessen vertreten soll“ und „die überraschende Schwäche der japanischen Wirtschaft seit Anfang der 90er Jahre“. Die deutsche hat er dabei nicht erwähnt.

Auch Scheel fordert eine neue Japan-Politik, um „den sich vertiefenden Graben zwischen den beiden Ländern zu überwinden.“ Gleichzeitig zeigt seine sehr umfassende Bestandsaufnahme v.a. zum politischen Besuchs Austausch – auf die ich hier statt weiterer Ausführungen nur verweisen möchte – dass „im Bereich der deutsch-japanischen politischen Beziehungen alle Institutionen und Vereinbarungen vorhanden sind, die mit ihrem dichten Netz politische Nähe suggerieren“. Ich möchte darüber hinausgehen und sagen, dass wir im Verhältnis zu Japan viele – vielleicht zu viele – zusätzliche Instrumente für einen intensiven Dialog haben, die uns mit vergleichbaren Ländern nicht zur Verfügung stehen.

Grund dafür war und ist die periodisch wiederkehrende Erkenntnis, dass man doch nicht so viel miteinander redet wie man eigentlich müsste, und dass ein Austausch beide Seiten bereichern könnte. Immer wieder hat es daher in unregelmäßigen Abständen Versuche gegeben, die immerhin empfundene Distanz zu überwinden und den Beziehungen mehr Leben einzuhauchen: So wurde 1985 das JDZB ins Leben gerufen und das Gebäude der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin umfassend saniert. 1993 wurde das hochrangig besetzte Deutsch-Japanische Forum begründet, das jährlich einmal alternierend in Berlin und Tôkyô tagt und seine Beratungsergebnisse an die Regierungschefs weiterleitet. 1993 wurde auch der Deutsch-Japanische Rat für Hochtechnologie und Umwelttechnik etab-

liert (der allerdings zum 31.12.02 seine Tätigkeit eingestellt hat). Das JDZB hat(te) die Sekretariatsfunktion für beide Gremien. Zur Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen wurde im Mai 1996 eine Agenda für die deutsch-japanische Partnerschaft ins Leben gerufen. Hochrangige Regierungskontakte sollten ebenso verstärkt werden wie die diplomatische Zusammenarbeit, die Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen und der Kultur- und Jugendaustausch. Eine erste Aktualisierung der Agenda fand im Oktober 1997 statt, eine zweite mit dem Namen „Japan und Deutschland im 21. Jahrhundert – Sieben Säulen der Kooperation“ anlässlich der ersten und einzigen Japanreise von Außenminister Fischer im Oktober 2000. In diese Reihe gehört jetzt auch das in seinem Umfang bisher einmalige Großprojekt „Deutschland in Japan 2005/06“, von dem wir uns alle eine Wiederbelebung der Beziehungen, eine Aktualisierung des japanischen Deutschlandbilds und ein verstärktes Engagement der derzeit nach China orientierten deutschen Wirtschaft versprechen.

Gemeinsamkeiten: Gleiche Werte

Die Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Japan werden (zu) oft und zu Recht beschworen. Deutschland und Japan haben ein ähnliches historisches Schicksal, bauen auf einer Vielzahl gemeinsamer politischer Interessen und Errungenschaften auf: Beide Länder sind parlamentarische Demokratien auf der Grundlage rechtsstaatlicher Verfassungen und enge Partner der Vereinigten Staaten von Amerika – Deutschland über das NATO-Verteidigungsbündnis, Japan durch den bilateralen Sicherheitsvertrag –, beide Staaten treten für wirksame Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle ein und haben auf Kernwaffen verzichtet. Sie sind dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten, setzen sich für den freien Welthandel als Basis des Wohlstands der Staatengemeinschaft ein, verfolgen eine aktive Dritte-Welt-Politik und arbeiten bei der Terrorbekämpfung, der friedlichen Konfliktlösung und dem Wiederaufbau in Krisengebieten – wie z.B. in Afghanistan oder demnächst bei der Ausbildung irakischer Polizisten – zusammen.

Gemeinsamkeiten: Gleiche Probleme

Im Inneren sehen sich Japan wie Deutschland als hoch entwickelte Industrieländer, die lange Zeit als Wirtschaftswunder und außerordentlich erfolgreiche Nachkriegswirtschaften galten, angesichts zunehmender Globalisierung, der voranschreitenden Überalterung ihrer Gesellschaften, der Exportabhängigkeit ihrer Wirtschaft, geringer Rohstoffvorkommen usw. vor ähnliche Herausforderungen gestellt: z.B. die Durchsetzung notwendi-

ger Strukturreformen, Reformierung der Alters- und Sozialsysteme, Fragen der Migration oder die Förderung neuer zukunftsweisender Industrien und Umwelttechnologie. In beiden Ländern geht der Reformprozess ähnlich schleppend voran.

Problem: Perzeption

Also nur Gemeinsamkeiten, Parallelen und ähnliche Aufgaben – ist also die Tatsache, dass es zu wenige Probleme miteinander gibt, ein Problem?

Oder führt das wechselhaft geringe gegenseitige Interesse zu einem Perzeptionsproblem, d.h. es gibt Probleme, wir sehen sie nur nicht – oder sehen uneingestandene Probleme, wo keine sind?

Die erste Frage dürfte man eigentlich kaum ernsthaft bejahen, wenn nicht die Tagespolitik – z.B. 2003 im deutsch-französischen Verhältnis – uns immer wieder eines Besseren belehrte. Dass sie in dieser Form überhaupt gestellt wurde, zeigt überdies das grundsätzliche Dilemma heutiger Politik im Spannungsfeld zwischen Sach- und Medienorientierung.

Ich bejahe diese Frage trotzdem, da es in den Beziehungen zweier bedeutender Länder problematisch ist, wenn die Medien immer weniger und immer selektiver übereinander berichten, die Studenten und jungen Wissenschaftler sich immer weniger austauschen, immer weniger Menschen die jeweils andere Sprache sprechen, Japankompetenz von Institutionen (Ifo-Institut, DGAP, politische Stiftungen) verloren geht und überhaupt nur wenige Menschen das andere Land bereisen, was in diesem Fall vor allem für die Deutschen gilt (nur knapp 90.000 Deutsche jährlich besuchen Japan, die zehnfache Zahl Japaner hingegen Deutschland).

Jüngste Untersuchungen zum Deutschlandbild in Japan wie z.B. eine Studie von Dentsû bestätigen das sowohl in der Wirtschaft als auch in der Gesellschaft beider Länder nachlassende Interesse aneinander. Dies gilt vor allem für die weitgehend auf die USA orientierte junge Generation. Deutsch als Fremdsprache an Schulen und Universitäten ist auf einen hinteren Rang verwiesen. Auch bei den allgemeinen Sympathiewerten liegen andere europäische Staaten heute deutlich vor Deutschland.

Umgekehrt ist hier das früher so gepriesene japanische Modell („Japan Inc.“) „gründlich entzaubert“ worden (Pohl, Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Japans). Das „verlorene Jahrzehnt“ zwischen dem optimistischen Neubeginn 1993/94 nach Überwindung der Korruptionskrisen bis hin zu

der derzeitigen Debatte um notwendige Reformen hat auch zu einem nachlassenden Interesse Deutschlands an Japan beigetragen.

Ich möchte daher auch die zweite Frage bejahen, das Problem der Perception, und zwar in beide Richtungen. Wir sehen mitunter Probleme, wo keine sind. Beispiel: Das Problem, das die deutsche Wirtschaft heute mit Japan hat, liegt laut dem Vorsitzenden der Japan-Initiative der deutschen Wirtschaft, Werner Spinner, ebenfalls in der Perception. Das allgemeine Bild war – bis zur Belebung der japanischen Konjunktur vor einigen Monaten – durch die lange Rezession geprägt und entsprechend negativ. Der deutsche Handel mit Japan ist leicht rückläufig, und deutsche Unternehmen scheinen ihr Interesse an Japan zu Gunsten Chinas verloren zu haben. Dabei werde vielfach übersehen, dass das Japan-Geschäft für deutsche Unternehmen in den meisten Fällen sehr profitabel ist. Die Realität in Japan sieht erheblich positiver aus als das pauschale Bild, das viele in Wirtschaft, Politik und Medien in Deutschland haben: „Das Wachstum des BSP in Japan war in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich geringer als der europäische Durchschnitt (Anmerkung: wobei 1 % BSP-Wachstum in Japan 8 % Wachstum in China entspricht) ... Entgegen allgemeiner Medien-Perzeption hat sich Japan über die letzten zehn Jahre stark verändert.“ (so ein Bericht der Wirtschaftsrate der EU-Botschaften in Tōkyō vom Dezember 2003). Ein Schlagwort der 80er Jahre, an das ich mich erinnere, war „kokusaika“ (Internationalisierung), die allenthalben beschworen wurde. Eine eigentliche Internationalisierung hat jedoch erst in den letzten Jahren, dann aber mit für Japan rascher Geschwindigkeit gegriffen. Der Einstieg ausländischer Firmen wie DaimlerChrysler bei Mitsubishi und Renault bei Nissan, die Investitionen der METRO AG und der Post AG – vor wenigen Jahren noch unvorstellbar – werden den Wandel in Japan weiter beschleunigen. Hoffentlich kommt unser Bild von Japan mit.

Politik und Diplomatie haben zum Ziel, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, um Unterschiede abzubauen. Dies setzt jedoch die Kenntnis der Unterschiede voraus. Über diese liest man wenig.

Unterschiede

Es gibt eine Reihe ganz gravierender Unterschiede zwischen Japan und Deutschland. Neben den offensichtlichen wie Geographie und Lage sind das vor allem das Sicherheitsumfeld, Probleme der Verfassung, die Frage der Vergangenheitsbewältigung, die Sicherheitspartnerschaft mit den USA, die

regionale Integration. Außerdem gibt es zahlreiche Themen, bei denen beide Länder unterschiedliche Positionen einnehmen, wie z.B. bei Todesstrafe, Walfang und Kernenergie.

Unser Geschichtsbild und unsere Außenpolitik sind naturgemäß eurozentrisch geprägt – und umgekehrt. So steht für die deutsche Politik derzeit die historische Aufgabe der Einigung Europas, also die Erweiterung und Vertiefung der EU, ganz oben auf der Tagesordnung. Weitere Schwerpunkte sind stets das transatlantische und das Verhältnis zu den Nachbarn; was darüber hinaus an Kapazität übrig ist, muss auf Krisen reagieren.

Die deutsche Vereinigung 1990 und das Ende der Sowjetunion haben für uns ein Ende des Kalten Krieges bedeutet. In Asien sieht das ganz anders aus: Dort wirkt der Kalte Krieg noch fort. Zwei Staaten sind noch geteilt. Es gibt noch vier von einer kommunistischen Einheitspartei regierte Staaten, von denen einer ein erhebliches Sicherheitsrisiko u.a. für Japan darstellt, ein anderer sich – unter beträchtlichen Unsicherheiten – anschiekt, künftige Weltmacht zu sein und durch sein ungelöstes Verhältnis zu einer „abtrünnigen Provinz“ mit einer heute allerdings frei und demokratisch gewählten Regierung das derzeit weltweit größte Konfliktpotenzial birgt. Mit drei Staaten hat Japan noch ungelöste Territorialprobleme.

Bedrohungsperzeption und Sicherheitsbedürfnis Japans sind also völlig anderes. „Während in Ostasien die Möglichkeit eines größeren militärischen Konflikts fortbesteht und Japan in seiner Verteidigungsplanung angemessen darauf reagiert, besteht für die Bundesrepublik derzeit keine militärische Bedrohung durch einen internationalen Konflikt. Hier ist einer der wichtigsten Unterschiede in der Verteidigungspolitik beider Staaten zu sehen.“ (Nabers: Japan und Deutschland nach dem 11. September 2001 – Die neue sicherheitspolitische Agenda) Derzeit besitzt Japan zwar völkerrechtlich das Recht auf kollektive Selbstverteidigung (VN-Charta und Richtlinien zur japanisch-amerikanischen Verteidigungskooperation), aufgrund des Artikels 9 seiner Verfassung ist es aber an der Ausübung dieses Rechts gehindert.

Deutschland ist in ein kollektives Sicherheitsbündnis integriert, Japan abhängig von der Sicherheitsallianz mit den USA. Dies hat Auswirkungen. „Im Irakkonflikt bewies Deutschland, dass man den Primat der Vereinten Nationen und die Freundschaft zu Frankreich nicht der Bündnistreue zu den USA opfern möchte. Dies ist der große Unterschied zu Japan, wo die Bündnisverpflichtung als fundamentaler Bezugspunkt der Außen- und

Sicherheitspolitik wahrgenommen wird.“ (Nabers). Daher haben zwar viele Stimmen in Japan unter der Hand den „deutschen Weg“ von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seiner Kritik an den militärischen Aktionen der USA gegen den Irak bewundert, diese Position aber für Japan auf Grund seines ganz anderen Sicherheitsbedürfnisses ausgeschlossen.

Große Teile Asiens waren vom Westen kolonialisiert, Europa umgekehrt nicht. In Asien entstehen neue Staatengruppierungen sowie wirtschafts- und sicherheitspolitische Verflechtungen, in denen sich ein neues „asiatisches Selbstbewusstsein“ gegenüber Europa und den USA äußert. Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine intensive Aussöhnungspolitik betrieben, Japan nicht. In den Nachbarstaaten ist latent immer noch Misstrauen gegenüber Japan vorhanden. Japanische „Vergangenheitsbewältigung“ ist daher Grundvoraussetzung für die Übernahme einer aktiven Rolle auf der Weltbühne.

Was die Wahrnehmung Japans betrifft, so wird häufig übersehen, dass Japan durchaus eine „doppelte Identität“ hat. Es ist z.B. einziger nicht-westlicher G8-Staat. Es wird als ähnlichen Werten und Zielen verpflichtete westliche Industrienation gesehen. Japan ist aber auch vor allem ein asiatisches Land mit einer anderen Identität: “Although the country has been engaged in global issues, it has always been a difficult though important task to harmonize requirements stemming from two, often opposing, identities; that is, membership of the group of Western industrialized democracies and of the Asian-Pacific community. And this dilemma attributable to Japan’s dual identity will remain until a number of other Asian countries become further industrialized and democratized.” (Satô Yukio, Japan and NATO Agenda for Political Dialogue). Satô beklagt sich, dass dem Sicherheitsdialog zwischen Japan und Europa eine so geringe Priorität eingeräumt werde.

II.

Mehr Dialog – „hard problems“

Beispiele aus dem Jahresprogramm des JDZB 2004

Den bilateralen Dialog sowie den erweiterten deutsch-japanischen Dialog über internationale Fragen zu fördern ist satzungsgemäßer Auftrag des JDZB. Aus unserer praktischen Erfahrung bei der Vorbereitung von Konferenzen und Workshops zu Themen von aktuellem beiderseitigen Interesse kann ich durchaus von einigen „Problemen“ berichten, die besprechenswert scheinen und daher im Vordergrund unserer Tätigkeit 2004 stehen.

Problem: Verhältnis zu den USA

“How to go on engaging the United States in the process of international cooperation is a matter of common interest to both Japan and Europe.” (Satô Yukio)

Die überragende Determinante der japanischen Außenpolitik ist die Abhängigkeit von den USA. Man könnte den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag von September 1951 auch als Bündnis bezeichnen, allerdings geht es um asymmetrische Verpflichtungen: Die USA haben sich zur Verteidigung Japans verpflichtet (gegen die Gewährung militärischer Stützpunkte für die amerikanischen Streitkräfte), umgekehrt ist Japan aber nicht verpflichtet, die USA zu verteidigen. Die 1997 verabschiedeten Richtlinien für die japanisch-amerikanische Verteidigungszusammenarbeit, die auch einen Passus über die bilaterale Zusammenarbeit in der benachbarten Region enthalten, sind heute die Grundlage für Japans Sicherheitspolitik. Da Japan anders als die Bundesrepublik Deutschland in kein kollektives Sicherheitsbündnis integriert ist, empfindet es den Schutz durch die USA mit Blick auf die Sicherheitsrisiken durch die Frage China-Taiwan, die nordkoreanischen Raketenversuche 1993 und 1998 und das nordkoreanische Eingeständnis eines Nuklearprogramms 2002 als wichtiger denn je. Allerdings fürchtet es mit Blick auf amerikanische Truppenreduzierungen z.B. in Südkorea, dass es eines Tages von den USA im Stich gelassen oder aber in Konflikte verwickelt werden könnte, die es nicht unmittelbar betreffen. Hinzu kommt die Abhängigkeit von der Zustimmung der Bevölkerung (s. Okinawa; siehe auch Rücktritt des südkoreanischen Außenministers wegen Zwist mit Präsidentsamt über die Beziehungen zu den USA).

Ohne allerdings die militärische Präsenz der USA in Ost- und Südostasien in Frage stellen zu wollen, die allgemein als stabilisierend anerkannt wird, ist fraglich, wie lange die Abhängigkeit von den USA („Kolonie“, „unsinkbarer Flugzeugträger“) mit einem wachsenden japanischen Selbstbewusstsein und fehlender Akzeptanz des Irakkriegs in der Bevölkerung in Einklang zu halten ist. Die wichtigste Erfahrung aus dem Irakkrieg ist für Japan, dass die USA beim Wiederaufbau letztlich eben doch auf die Vereinten Nationen angewiesen sind.

Zu diesem gerade auch aus japanischer Sicht wesentlichen Problem, dem sich Japan und Europa bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik gegenübersehen, will das JDZB im Herbst dieses Jahres ein trilaterales Symposium durchführen. Es soll die Frage beantworten, wie die Beziehungen Europas und Japans zu den Vereinigten Staaten künftig gestaltet werden sollen – auch und gerade mit Blick auf die jeweilige Gefahreinschätzung

in den verschiedenen Regionen (Irak, Iran, Nahost-Friedensprozess, Situation auf der koreanischen Halbinsel u.a.) sowie bei verschiedenen globalen Themen (u.a. Antworten auf neue Herausforderungen im Bereich Sicherheit wie z.B. Terror und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung, Entwicklungsländer und Klimawandel).

Vor dem Hintergrund der Debatte um altes und neues Europa, der "period of relative estrangement between the United States and parts of Europe" (IHT vom 20.1.04), der Frage des Aufbaus einer europäischen Verteidigung und einer Diskussion um Arbeitsteilung zwischen den USA und Europa (forcing peace power vs. soft power) erhoffen wir uns eine spannende Veranstaltung.

Problem: Reform des Sicherheitsrats

"Japan's UN-centered foreign policy can be viewed as emanating from a subconscious yearning to salvage some pride from the fact that the country has had no choice but to rely on the United States for its prosperity and security. As such, Japan did not see the UN so much as an arena for securing its own national interests than as a means of securing prestige and asserting its global presence through membership in the Security Council and the Economic and Social Council." (Shinyô Takahiro, Reforming the Security Council, Japan Review of International Affairs, Fall 2003)

Fast ebenso wichtig ist für Japan in diesem Sinne seine VN-Politik. Vor dem 60. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen 2005 – zu dem Außenministerin Kawaguchi einen Gipfel vorgeschlagen hat – und dem 50. Jahrestag der japanischen Mitgliedschaft 2006 bekundet es als zweitgrößter Beitragszahler (etwa 20 %) zunehmende Ungeduld mit den ausbleibenden Ergebnissen der vor über zehn Jahren eingerichteten Arbeitsgruppe zur Sicherheitsratsreform. Es fordert nachdrücklich einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat und führt als Legitimation seine hohen Beitragszahlungen sowie seinen wachsenden zivilen und militärischen Beitrag in der internationalen Staatengemeinschaft an. Wegen sinkender Akzeptanz der Vereinten Nationen in der Bevölkerung – da diese den Irak-Krieg nicht hat verhindern können – und der schwierigen Haushaltslage besteht die Gefahr, dass Japan seine Beiträge bei der Neuberechnung des Beitragsschlüssels für die Zeit ab 2006 kürzt. Außerdem hat das Nordkorea-Problem nochmals den Druck durch die Öffentlichkeit verstärkt, bei der Sicherheitsrat-Reform endlich konkret voranzukommen, damit Japan als vollwertiges Mitglied des Sicherheitsrats an einer möglichen Bera-

tung teilnehmen kann. Auch will Japan die Zahl seiner Mitarbeiter in VN-Sekretariaten verdreifachen. All dies sind deutliche Hinweise darauf, dass Japan versucht, an Gewicht zu gewinnen. Sollte dies nicht gelingen, wird es vermutlich noch enger mit den USA zusammen arbeiten.

Deutschland ist 2003/2004 und Japan voraussichtlich im Anschluss nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – ein guter Anlass für das JDZB, erneut ein deutsch-japanisches VN-Symposium zu Reformfragen durchzuführen. Ein zweiter Anlass sind insbesondere die Gegensätze, die anlässlich der Irak-Problematik in der ersten Hälfte des Jahres 2003 im Sicherheitsrat zu Tage getreten sind und die japanische Forderung nach Reformen unterstreichen.

Schwierigkeiten bei der Vorbereitung dieses Symposiums lassen unterschiedliche Positionen und Prioritäten erkennen.

Ein Grund für Divergenzen mag darin liegen, dass Japan in der Frage Reform des Sicherheitsrats immer noch auf eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland hofft, derzeit aber ein politisches Interesse auf deutscher Seite vermisst. Dies gilt auch für eine Weiterverfolgung der von Japan angestrebten Revision der Feindstaatenklausel, die für Deutschland nicht relevant ist, da es hierzu bereits eine Erklärung der Generalversammlung gibt. Hinzu kommt, dass Japan Europa im Sicherheitsrat bereits jetzt als überrepräsentiert sieht.

Empfundene Rivalität zu Deutschland als Hinweis darauf, warum sich Japan von dem früheren Zusammenwirken mit Deutschland verabschieden könnte, findet sich in einem Vortrag (Dezember 2002 in Bonn) des früheren Referatsleiters für VN-Grundsatzfragen und jetzigen Düsseldorfer Generalkonsuls Shinyô zum Thema „Im Dienst des Friedens – Der deutsche Weg und der japanische Weg“. Mit Blick auf Japans Möglichkeiten zur Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen weist auch er auf die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung in Japan hin: So befinde sich Japan auf dem Weg zu einem „normalen Staat“ noch auf halber Strecke, und zwischen beiden Ländern bestehe „eine gewisse Kluft“. Von Japan könne man noch nicht wie von Deutschland behaupten, dass es sich zu einem „normalen“ asiatischen Land entwickelt habe. Der – in Umkehrung sonstiger Praxis von Deutschland und Japan – legalistische Ansatz Japans, im Falle von Krisen eine verfassungsrechtliche Nische zu suchen und die Gesetzgebung zu bemühen, und der politische Ansatz Deutschlands, eine konstitutive Zustimmung im Bundestag einzuholen, gingen weit auseinander. Er spricht sich dafür aus, dass Japan eine Notstandsgesetzgebung vorbereiten und das Problem des Rechts auf kollektive Selbst-

verteidigung lösen solle, um wie ein normaler VN-Mitgliedsstaat agieren zu können.

Problem: Japan und seine Nachbarn

“In the security and economic fields, a history of alliances and bilateral arrangements involving external actors, particularly the US, has underpinned progress in the region. However, it has also hindered the development of regional multilateral institutions.” (Newman, Japan and East Asia in a Globalising World, Wilton Park Conference, Nov. 2003)

Das stark militarisierte Ostasien bietet eine komplexe Bandbreite von Sicherheitsrisiken. Massenvernichtungswaffen, Ausrüstung konventioneller Waffen und die Diskussion um potentiell destabilisierende technische Innovationen einschließlich Raketenabwehr entspringen existentiellen Sicherheitsbesorgnissen. Eine Reihe von Ländern, allen voran China und Japan – das die in absoluten Zahlen weltweit zweithöchsten Militärausgaben tätigt (allerdings nur 0,94 % des BSP, SIPRI) – erhöht die Militärausgaben.

Die bisher gefunden Antworten auf diese Sicherheitsrisiken haben zu starken bilateralen Beziehungen geführt, aber insgesamt nur zu schwachen dauerhaften multilateralen Institutionen. Obwohl es Möglichkeiten für eine stärkere Zusammenarbeit und Integration gibt, werden regionale Initiativen häufig durch historische Empfindlichkeiten und Missverständnisse behindert. Das Verhältnis zwischen den drei Hauptakteuren in der Region – Japan, China und Russland – ist zudem mit ungelösten politischen und historischen Fragen belastet.

Der wichtigste stabilisierende Faktor ist die Militärpräsenz der USA. Es ist allerdings fraglich, ob dieser in der Zukunft ausreichen wird oder die amerikanische Militärpräsenz in der Region langfristig gewährleistet ist. Es scheint ebenso notwendig, Multilateralismus in Ostasien zu fördern. Die Region ist bereits von wachsender wirtschaftlicher Interdependenz, durch japanische Direktinvestitionen und den wachsenden wirtschaftlichen Einfluss von China gekennzeichnet. Das instabile Sicherheitsumfeld behindert allerdings einen weiteren regionalen Integrationsprozess. Die Vertiefung regionaler Zusammenarbeit über die bisherigen Ansätze – ARF (Asia Regional Forum), ASEAN, Shanghai Cooperation Group, Proliferation Security Initiative, Track Two Verhandlungen im Rahmen des CSCAP (Council for Security Cooperation in the Asia-Pacific) – hinaus scheint eine wichtige Aufgabe für die Zukunft, um Spannungen abzubauen, die traditionellen Sicherheitsrisiken zu vermindern und

gemeinsam neue übergreifende Sicherheitsrisiken wie organisiertes Verbrechen und Terrorismus anzugehen. All dies geht auch uns etwas an.

Gerade Japan ist an Sicherheit, Stabilität und Prosperität der Region insgesamt interessiert. Nach Maull (Japan – Gescheiterte Ambitionen als globale und regionale Zivilmacht in Ostasien) zielt die japanische Politik in Südostasien daher sowohl auf systematische wirtschaftliche Unterstützung und Durchdringung als auch auf die Stärkung des Multilateralismus (ASEAN). Dabei gibt es Anzeichen wachsender Rivalität und des Wettbewerbs zwischen Japan und China um regionalen Einfluss und Führung. Obwohl Japan in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zu internationalem Frieden und Sicherheit geleistet hat, „unterliegt sein Handlungsspielraum auch weiterhin den Beschränkungen seiner politischen Kultur, seiner Geschichte und seiner Verfassung“.

Die Unterstützung eines derartigen Prozesses dürfte nur bedingt im Interesse der USA liegen. Hier sollten die EU und Deutschland im europäischen Rahmen vor dem Hintergrund ihrer besonderen Erfahrung eine stärkere Rolle spielen. Dies ist daher ein dritter Themenkomplex, zu dem das JDZB 2004 eine Veranstaltung anbieten möchte.

III.

Mehr Dialog – „soft problems“

Eine aktuelle Synergiestudie zu Japan („Partnerschaft mit Potenzial“) des Instituts für Auslandsbeziehungen (Stuttgart) bestätigt in ihren Empfehlungen deutlich, dass es ein Ungleichgewicht der Beziehungen zu Lasten Japans gibt. Der kulturelle Austausch zwischen Deutschland und Japan verfüge über sehr gute historische und institutionelle Rahmenbedingungen – gleichwohl müsse er selbstverständlicher werden, um seinen heutigen Potenzialen gerecht zu werden. „Selbstverständlicher“ solle bedeuten, dass die Exotisierung und Ausgrenzung des anderen einer selbstverständlichen Präsenz des anderen Landes im eigenen Leben weichen sollte. Führungskräfte in Wirtschaft und Politik würden eine Entsendung nach Japan bzw. Deutschland öfter als nötig als zweite Wahl betrachten. Sie kommt zu dem Schluss, dass nicht garantiert sei, dass die deutsch-japanischen Beziehungen auch in Zukunft vor allem durch die Bemühungen der japanischen Seite aufrechterhalten werden. Eine stärkere Orientierung Japans auf den asiatischen Kontinent sei jedenfalls zu beobachten.

Eine Beantwortung der Frage, warum unsere Beziehungen zu Japan eben nicht so selbstverständlich sind, warum Japan in mancher Hinsicht weniger „interessant“ als andere Länder ist, führt schließlich zu eher psychologischen Faktoren wie Sprachbarriere, andere Gesprächskultur, anderer Individualismusbegriff, andere politische Kultur, fehlende Streitkultur, fehlende Kontinuität offizieller Gesprächspartner, usw. Das japanische Selbstbild, nämlich anders, einzigartig in der Welt zu sein, das koreanische Wurzeln und Einflüsse ignoriert, das anderen die Fähigkeit eines umfassenden Verstehens abspricht und auch die Möglichkeit ausschließt, Ausländer vollwertig in die bis vor kurzem noch sehr homogene Gesellschaft integrieren zu können, ist von Japan selbst seit seiner erzwungenen Öffnung vor – im Jahr 2005 – 150 Jahren möglicherweise als Schutzmechanismus nach dem Einbruch der Außenwelt propagiert und gepflegt worden. Und dieses Bild wirkt fort – auch wenn die Erkenntnis wächst, dass dieses Image u.U. nicht mehr im heutigen Interesse Japans ist (siehe z.B. die jetzt anlaufende „Visit Japan Campaign“ von Premierminister Koizumi). So rät der ehemalige Direktor des japanischen Kulturinstituts Köln, Sakato (Japan Foundation), auf die Darstellung kultureller Besonderheiten zu verzichten und sich „immer mehr gemeinsamen Themen der internationalen Gesellschaft der Gegenwart“ zu öffnen. Die Richtung gehe für Japan dahin, dass viel mehr als der Austausch die Zusammenarbeit durch einen „Dialog auf der Grundlage schöpferischer Weisheit“ angestrebt werde (Sakato, Der Wandel des Japanbilds und der zukünftige Kulturaustausch, jdzb echo Nr. 59, Juni 2002).

Auch bewirkt die Globalisierung gesellschaftliche Umwälzungen, die früher niemand für möglich gehalten hätte, die aber notwendig sind, „otherwise Japan will never be a match for America and China“ (Nakasone – A State Strategy for the 21st Century). So stellte z.B. der Papst der Japan-Kritik der 80er Jahre, Karel van Wolferen, am Schluss seines Buches „The Enigma of Japanese Power“ die Frage, ob das System ewig bleibe: Die wunderbare Alternative, das System zu einem echten, modernen Verfassungsstaat zu machen und die japanischen Untertanen zu Staatsbürgern, würde Umwälzungen der Macht erfor-

dern, die einer echten Revolution nahe kämen. Als erste Grundvoraussetzung sah er, dass die künstliche Beschränkung der Zahl von Anwälten aufgehoben werden müsse. Die Schulen und Medien müssten darauf hinarbeiten, beim Einzelnen politisches Bewusstsein und individuelles Verantwortungsgefühl zu wecken, die Zugehörigkeit zu einer Firma und anderen Organisationen hingegen als weniger wichtig darstellen. All dies würde das Ersetzen der *Jinmyaku*-Beziehungen (Netz spezieller informeller Beziehungen) durch rechtliche Beziehungen und der inoffiziellen Natur des Systems durch rechtlich garantierte Prozesse fördern. Fast alles ist inzwischen, z.T. ungewollt, eingetreten.

Gleichzeitig haben Besonderheiten japanischer Kultur und Lebensart längst den Westen erobert, von Sushi und Bonsai über Kampfsport, Zen-Meditation, Futons und Shôji bis hin zu Manga, Anime, Tamagochi und Pokemon. Auch Hollywood hat Japan entdeckt. „In manchem wirkt Japan wie eine verschärfte Variante der USA, zugleich aber auch wie ein kultureller Gegenentwurf zum dominierenden Amerikanismus, dessen gerade zur Zeit manch einer überdrüssig ist.“ („Im Osten geht die Sonne auf“, R. Suchsland in Parlament, 19.–26.01.04). Dabei scheint Japan noch nicht bewusst zu sein, dass es das enorme Potenzial seiner Populärkultur besser nutzen könnte, um stärkeres Interesse zu wecken. Insgesamt ist Japan nicht offensiv genug, was die „Vermarktung“ des eigenen Images betrifft.

Das JDZB flankiert daher japanische Bemühungen, mehr Touristen für Japan zu gewinnen, mit einem Symposium „Japan – unausgeschöpfte Potenziale im ingoing und outgoing Tourismus“ am 13. März auf der diesjährigen Internationalen Tourismus Börse ITB – ein Novum sowohl für das JDZB als auch die Messe – und plant für das nächste Jahr – nachdem „Deutschland in Japan 2005/06“ angelaufen ist – eine Veranstaltung in Berlin zum Thema „Culture Made in Japan“.

(Überarbeiteter Vortrag an der Universität Trier im Rahmen des Außenpolitischen Kolloquiums von Prof. Hanns Maull, Februar 2004)

JDZB SPECIAL

Herausgeber: Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB)
Redaktion: Michael Niemann, Tel: (030) 839 07 186
E-Mail: mniemann@jdzb.de

Anschrift: Saargemünder Str. 2, 14195 Berlin
Tel.: (030) 839 07 0, Fax: (030) 839 07 220
E-Mail: jdzb@jdzb.de, URL: <http://www.jdzb.de>

Hinweis: In der Reihe „jdzb special“ werden in unregelmäßiger Folge Beiträge veröffentlicht, die entweder auf eine Veranstaltung des JDZB zurückgehen oder einen Beitrag zu den deutsch-japanischen Beziehungen im Allgemeinen leisten.